

Postulat

von Rolf André Siegenthaler-Benz (SVP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Schul- und Büromaterialverwaltung (SBMV) als Ganzes oder zu Teilen privatisiert werden kann. Die Weiterbeschäftigung des Personals durch das private Gewerbe ist als Rahmenbedingung einzubeziehen.

Begründung:

Letztmals wurde die Auslagerung der Leistungen der SBMV im Jahre 1997 vom Stadtrat verworfen. Stattdessen wurde mit StRB-Nr. 1922 vom 22. Oktober 1997 das "Projekt Profitcenter 2000" eingeführt. Dieses Projekt sollte über verschiedene Massnahmen die Eigenwirtschaftlichkeit der SBMV verbessern.

Aufgrund der heute erkennbaren Entwicklung müssen die Grundlagen für das "Projekt Profitcenter 2000" überprüft werden. Bei der notwendigen Neuorientierung der SBMV muss eine Voll- oder Teilprivatisierung erneut geprüft werden.

Eine der Massnahmen zur Erhöhung der Eigenwirtschaftlichkeit ist der Zwang, bei der SBMV Leistungen zu beziehen. Dieser Bezugszwang konnte innerhalb der Verwaltung bisher nicht durchgesetzt werden. Die Verwaltung will vielmehr die Freiheit haben, im Rahmen der WOV beim günstigsten Anbieter zu beziehen. Eine möglichst weitgehende Privatisierung der SBMV schafft hierzu die Voraussetzung.

Schule und Verwaltung der Stadt sind Grossabnehmer für Schul- und Büromaterial. Es ist zu erwarten, dass das private Gewerbe bei einer Privatisierung Verwendung für das Wissen der Angestellten der SBMV hätte. Es muss deshalb gelingen, für das Personal der privatisierten Teile der SBMV privatwirtschaftliche Anstellungen zu realisieren. Eine grosszügige Härtefallregelung ist vorzusehen.

